

Sparmaßnahmen der Stadt München für 2021 im Sozial- und Gesundheitsbereich!

Mehr von uns ist besser für Alle!

Mit Beginn der Pandemie hat sich sehr deutlich gezeigt, dass Gesundheits- und Soziale Dienste für das Funktionieren einer Gesellschaft entscheidend sind. Für viele wurde sichtbar, dass die Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen schon vor Corona prekär waren. Mit der Corona-Krise haben sich unsere Arbeitsbedingungen auf verschiedene Weisen verändert und in vielen Bereichen verschlechtert. Es ist doch keine neue Erkenntnis, dass gerade in Krisenzeiten Suchtverhalten, psychische Erkrankungen, Gewalt und finanzielle wie persönliche Krisen zunehmen und sich verschärfen. Die sozialen Berufe werden in Zukunft, somit noch stärker gefordert und die jetzt schon hohe Arbeitsbelastung wird weiter steigen. Immer noch beklagen wir: Zu wenig Personal, schlechte Bezahlung, zu hohe Fallzahlen, unzureichende Ausstattung, immer weniger direkte Arbeit mit den Menschen und immer mehr Bürokratie. Das Hochgelobe und die Betonung wie wichtig wir sind entlarvt sich aber immer mehr als leere Phrase.

Was bleibt von dem Geklatsche und den Blumen

Das ohne uns nichts läuft scheinen die Entscheidungsträger*innen in der Politik und auch im Münchner Stadtrat noch immer nicht begriffen zu haben. Sie fordern weiterhin Einsparungen im Sozialreferat, im Referat für Bildung und Sport und im Gesundheitsreferat. Im Sozialreferat geht es um Einsparungen von fast 10 Millionen Euro, im Referat für Gesundheit und Umwelt um ca. 3 Millionen, im Referat für Bildung- und Sport um ca. 13,5 Millionen - nur bei den Personalkosten. Insgesamt sollen alle Referate der Stadt 70 Millionen Euro an den Kosten fürs Personal sparen. Zusammen mit der Kürzungen bei den Sachmitteln, geht es um ein Einsparvolumen von ca. 200 Millionen Euro. All diese Kürzungen sollen die Referate selbstverantwortlich vornehmen, ohne das ihnen konkrete Empfehlungen gemacht werden, wie das zu bewerkstelligen ist. Die Folge ist ein indirekter Stellenabbau, da die Referate die ihnen auferlegten Spardiktate nur erfüllen können in dem sie bereits freie und zukünftig frei werdende Stellen nicht besetzen. Das führt beispielsweise im Baureferat dazu, dass fast keine der freien 1000 Stellen besetzt werden kann. Auch in den anderen Referaten ist ein weiterer versteckter Stellenabbau durch Kürzungen bei den Sachmitteln zu erwarten. Die Refinanzierung der Tarifsteigerungen bei den freien Trägern, von eh nur nur 1%, steht auch auf der Kippe. Die Sachmittelkürzungen treffen demnach auch die Beschäftigten bei freien Träger. Es fehlen zukünftig noch mehr Gelder für geeignetes Personal und notwendige Projekte, die nicht mehr finanziert werden. Auch die vieldiskutierte und gelobte Corona Prämie, die lediglich ein kleines Dankeschön war, steht wieder zur Disposition. Indirekt treffen auch die Kürzungen in anderen Referaten (wie das Referat für Arbeit und Wirtschaft, das Baureferat usw.) den Erziehungsdienst und die Soziale Arbeit und führen zu höheren Arbeitsbelastungen. Wenn beispielsweise Angebote für Arbeitslose Jugendliche gestrichen werden, dann müssen das andere Sozialarbeiter*innen abfangen, ohne adäquate Hilfe anbieten zu können. Was alles noch gekürzt wird ist nicht absehbar. Diskutiert werden zum Beispiel Kürzungen bei Wiedereingliederungsmaßnahmen und Arbeitsprojekten für ALG 2 Empfänger*innen. Fraglich ist auch ob die Stadt noch Grundstücke zum sozialen Wohnungsbau kauft. All das führt in letzter Konsequenz immer zu einer Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen und der Lebensbedingungen unserer Klient*innen.

Wo gespart wird ist eine politische Entscheidung

Wenn der Haushalt eine Sanierung des Gasteiges, für mehr als 450 Millionen Euro zulässt, wo weder wir noch unsere Klient*innen sich die Eintrittskarten wirklich leisten können, darf in den gesellschaftlich notwendigen Bereichen nicht gespart werden! Gleiches gilt für die vom Stadtrat bewilligten 8 Millionen für einen einzigen Tag UEFA Cup Finale oder 800 000 Euro für die Sanierung des Gebäudes eines Schützenvereins. Gleichzeitig dürfen wir zuschauen, dass Millionen an Steuergeldern in Unternehmen gepumpt werden, die dann trotzdem Gewinn an Aktionär*innen ausschütten (wie etwa BMW). Damit entlarvt sich die Argumentation von den leeren Kassen und angeblichen Zwang die 200 Millionen einsparen zu müssen als Ausrede. Die Kürzungen sind politisch gewollt oder werden zumindest billigend in Kauf genommen - als weiterer Teil des neoliberalen Abbau des Sozialstaates. Wenn die Kommune wirklich ein Interesse am Funktionieren gesellschaftlich relevanter Berufe und Bereiche hat, dann muss sich dies finanziell abbilden.

Das können und werden wir so nicht hinnehmen!

Deshalb ruft die Fachgruppe sozialpädagogische Berufe der GEW München trotz der verschärften Situation zu einer Kundgebung vor der nächsten Stadtratssitzung auf:

am 16.12 um 8.30 Uhr

vor dem Löwenbräukeller am Stiglmaierplatz

Wir fordern:

- den Stopp der Kürzungen im Personalbereich
- den Stopp der Sachmittelkürzungen
- mehr Kolleg*innen für die kommenden Herausforderungen
- den Stopp von kostspieligen Großprojekten und Großevents, die nicht für alle erschwinglich sind"
- zur Finanzierung der Krisenlasten fordern wir die Anhebung des Hebesatzes für Gewerbesteuern

Beteiligt Euch und bringt Eure Kolleg*innen mit! Denn geschenkt bekommen wir nichts außer leeren Versprechungen!

Wir werden natürlich auf den Infektionsschutz und auf uns achten. Alle Teilnehmer*innen tragen einen Mundschutz und wir halten einen Mindestabstand von 1,5 Metern ein.

In der **Fachgruppe sozialpädagogische Berufe** der GEW München kommen Beschäftigte aus sozialen Einrichtungen zusammen.

Du arbeitest im sozialen Bereich, hast Fragen, bist interessiert und möchtest mitarbeiten?

Dann melde dich in der Geschäftsstelle der GEW München unter:

Telefon: 089-537389 oder e-mail: info@gew-muenchen.de